

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der FDP

Die Bremer Innenstadt steht vor weitreichenden Veränderungen

Die Bremer Innenstadt bedeutet den Bremerinnen und Bremern viel. Hier kreuzen sich die Wege, hier liegt das historische Zentrum mit Rathaus, Bürgerschaft, Schütting, Marktplatz und Dom. Es gibt viele gute Gründe, hier Unternehmen zu gründen, hier zu arbeiten, einzukaufen, zu bummeln und Konzerte und Ausstellungen zu besuchen. Hier empfangen die Bremerinnen und Bremer ihre Gäste und feiern ihre Feste. Hier wird über die öffentlichen Angelegenheiten gestritten und nach dem richtigen Weg für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger gesucht. Und gelegentlich wird hier demonstriert und der Politik die Meinung gesagt.

Die Bremer Innenstadt steht heute vor einem Aufbruch, der von vielen Initiativen und Projekten getragen wird. Aber noch ist nicht gewiss, was von all den Ankündigungen gelingt. Hinter den Projekten stehen private Unternehmen und privates Geld, verbunden mit der Bereitschaft zum Risiko und den Erwartungen auf ein gutes Ergebnis. Es ist ein Prozess mit vielen Unbekannten unter einem großen Zeit- und Erwartungsdruck. Die Politik und die Verwaltung müssen das Ganze im Blick behalten, die öffentlichen Interessen vertreten und ihren Anteil dazu beitragen, dass die notwendigen Entscheidungen im richtigen Moment getroffen werden.

Mit diesen Projekten ist die Hoffnung verbunden, dass die Bremer Innenstadt alle ihre Qualitäten besser in Szene setzen kann, eine größere Ausstrahlung in die Region entwickelt, stärker mit den umliegenden Stadtteilen verbunden sein wird, mit einem modernen Einzelhandel die Umwälzung der Digitalisierung des Geschäftslebens besser bewältigen kann und mehr Menschen die Chance gibt, im Zentrum zu wohnen. Die Bremer Innenstadt soll ein Ort werden, der für alle Menschen in Stadt und Region ein unwiderstehliches Angebot bereithält.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Durch das Engagement privater Investoren werden neue städtebauliche Konzepte möglich, die die Chance zu einer deutlichen Attraktivierung der Innenstadt bieten. Die entsprechende Basis dafür muss durch Verhandlungen mit den Investoren, durch Wettbewerbe um die besten Ideen, zielgerichtete Aktivitäten der Exekutive und den entsprechend dafür nötigen politischen Beratungen und Beschlussfassungen in der Stadtbürgerschaft entstehen.

Unterschiedliche Interessen aller Beteiligten müssen gegeneinander und im Interesse des Gemeinwesens abgewogen werden. Die Stadtbürgerschaft ist entschlossen, diesen Prozess im Interesse Bremens erfolgreich zu gestalten.

Dabei wird sich die Stadtbürgerschaft von folgenden Erwägungen leiten lassen:

1. Die Stadtbürgerschaft unterstützt den Plan, den Komplex von Karstadt, Kaufhof und Parkhaus Mitte neu zu ordnen, und sieht darin eine große Chance für die Innenstadt und unterstützt diese Initiative. Damit diese Initiative erfolgreich ist, müssen die privaten Grunddienstbarkeiten am Parkhaus und die planungsrechtlich gesicherten Parkplätze auf dem Dach des Kaufhofs aufgelöst werden. Das setzt das Einverständnis der Eigentümer und Mieter des Kaufhofs voraus. Dies kann nur durch die beteiligten Unternehmen herbeigeführt werden.
2. Die Stadtbürgerschaft strebt an, dass der neue Handelskomplex zwischen Sögestraße, Obernstraße, Hanseatenplatz und Knochenhauerstraße in den Gesamtzusammenhang der umgebenden Einzelhandelslagen integriert wird, sodass auch die bestehenden kleinen Geschäfte in der Umgebung einen Vorteil aus der Veränderung ziehen können. Die neuen Geschäftshäuser sollten möglichst eigenständig sein und abweisende Rückseiten vermeiden. Die Stadtbürgerschaft wirbt dafür, die Überbauung der kleinen Hundestraße zurückzunehmen.
3. Die Stadtbürgerschaft strebt im Rahmen dieses Veränderungsprozesses an, den motorisierten Kundenverkehr aus der Knochenhauerstraße, der Carl-Ronning-Straße, der Pelzerstraße, der Kleinen Hundestraße, dem Spitzenkiel und dem Wegesende herauszuhalten und hierdurch ein barrierefreies Netz aus Straßen und Plätzen mit hoher Aufenthaltsqualität zu schaffen.
4. Die Stadtbürgerschaft strebt an, die Neugestaltung des Gebäudekomplexes der Sparkasse am Brill als Chance für das Faulenquartier und das benachbarte Telekomgelände zu nutzen und in diesem Zusammenhang die Brill-Kreuzung und die Straßenbahnhaltestelle besser zu organisieren.
5. Die Stadtbürgerschaft strebt an, im Rahmen der Umgestaltung des neuen/alten Jacobshauses an der Obernstraße, dem an der Langenstraße liegenden Hof, dem Gebäude der Stadtwaage und dem Kontorhaus auf der anderen Straßenseite die hierin liegenden Verbindungen von der Obernstraße zum Weserufer und der Schlachte zu stärken und zu beleben und dieses als Vorbild für weitere Verbindungen zu sehen.
6. Die Stadtbürgerschaft strebt an, die anstehenden baulichen Veränderungen auch mit der Klimaschutzstrategie Bremens zu verbinden, indem Lösungen gesucht werden, die für die neu entstehenden großen Dach- und Fassadenflächen Bepflanzungen, Aufenthaltsqualität und ökonomische Vertretbarkeit verbinden.
7. Die Stadtbürgerschaft strebt an, die Aufgabe von 1 000 Parkplätzen im Parkhaus Mitte auch durch moderne und intelligente Mobilitäts- und Parkraumkonzepte zu kompensieren. Dabei soll konkret untersucht werden, ob und wo an anderen Orten der Innenstadt die Einrichtung von Parkraum sinnvoll und nötig ist, ob neue Parkhäuser erreicht werden müssen oder ob es reicht, die vorhandenen aufzustocken oder umzubauen.
8. Die Stadtbürgerschaft strebt an, die Voraussetzungen dafür schaffen zu lassen, dass eine wachsende Zahl von Besucherinnen und Besuchern aus den der Innenstadt benachbarten Stadtteilen auf bequemen Routen mit dem Fahrrad, zu Fuß und mit dem öffentlichen Nahverkehr in die Innenstadt kommen kann.
9. Die Stadtbürgerschaft ist sich bewusst, dass die Bauvorhaben für die Einzelhändler und Gastronomen sowie alle anderen Unternehmen eine große Belastung sind. Die Stadtbürgerschaft erwartet, dass die Bauherren und die Stadt Bremen durch geeignete Maßnahmen mittels klarer Baustellenlogistik und Organisationsstrukturen alles daransetzen, die Belastungen für die Betroffenen zu reduzieren.

10. Die Stadtbürgerschaft ist sich bewusst, dass bei vielen Projekten auch das Tempo über Erfolg und Misserfolg entscheiden kann. Deshalb wird sie ihre Beratungen und Entscheidungen zeitnah vornehmen.

Robert Bücking, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dieter Reinken, Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Magnus Buhkert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP